



## Wirtschaftswachstum und Gerechtigkeit in Nahost und Nordafrika

---



Die Menschen in der Region verlangen zu Recht wirtschaftliches Wachstum und Gerechtigkeit. Der IWF möchte ihnen dabei helfen. (Aufnahme: Tunis, ZOUBEIR SOUISS/REUTERS/Newscom).

Von [Jihad Azour](#)

**18. Januar 2018**

Zunehmende soziale Spannungen und Proteste in mehreren Ländern des Nahen Ostens und Nordafrikas sind ein deutliches Indiz dafür, dass die Hoffnungen der Menschen in der Region – auf Chancen, Wohlstand und Gerechtigkeit – sich nicht erfüllt haben. Ihre Enttäuschung ist verständlich, und genau deshalb wäre es falsch, den laufenden wirtschaftlichen Reformprozess jetzt umzukehren.

In der Tat sind Reformen der Schlüssel, um die grundlegenden Probleme anzugehen, die so viele Länder der Region seit langem plagen: niedriges Wachstum, hohe Arbeitslosigkeit und Korruption. Bei der Implementierung von Reformen sollten Regierungen allerdings sicherstellen, dass sie sozial ausgewogen sind und zum

richtigen Zeitpunkt kommen; vor allem aber müssen sie das Versprechen auf bessere Lebensumstände für alle erfüllen, insbesondere jedoch für arme und gefährdete Bevölkerungsgruppen.

Vor dieser Herausforderung steht die Region heute, und der IWF will seinen Mitgliedsländern bei ihrer Bewältigung helfen.

### **Der große Zusammenhang**

Seit Jahrzehnten leiden viele Länder unter einem Modell staatlicher Unterstützung, in dem [der öffentliche Sektor für jeden fünften Arbeitsplatz aufkommt](#). Allerdings wurde damit die Qualität der öffentlichen Dienstleistungen wie Gesundheit und Bildung nicht besser und der staatliche Finanzierungsspielraum für Sozialprogramme für gefährdete Bevölkerungsgruppen und dringend benötigte Investitionen in die Infrastruktur auch noch dramatisch eingeschränkt. In einer dynamischen Weltwirtschaft, in der der Privatsektor eine immer größere Rolle bei der Erzeugung von Wachstum und Beschäftigung spielt, ist dieses System zunehmend unerschwinglich geworden – und unfähig, die Arbeitsplätze und Chancen zu schaffen, die die Menschen brauchen.

In den letzten Jahren wurde die Situation infolge einer Reihe von Schocks noch schlimmer: langwierige Konflikte und Terroranschläge, der Absturz der Rohstoffpreise und schleppendes Wachstum bei wichtigen Handelspartnern. Immerwährend niedrige Produktivität und allgemein herrschende Korruption bremsen ihrerseits die Wirtschaftsleistung der Region. Deshalb ist die fiskalische Lage in vielen Ländern extrem angespannt und verlangt schwierige Kompromisse.

Soweit der allgemeine wirtschaftliche Zusammenhang, in dem sich die Herausforderungen von heute zeigen. Der Umgang damit verlangt Fortschritte an mehreren Fronten.

Die Hauptziele sind klar: Schaffung von Arbeitsplätzen (insbesondere auf dem Privatsektor), Verbesserung des Lebensstandards und Förderung nachhaltigen Wachstums. Länder können diese Ziele aber nur erreichen, wenn sie Ordnung in ihren Haushalt bringen. Das bedeutet Steuerung von Schulden und Inflation, um Investitionen und Wirtschaftstätigkeit zu fördern.

Damit sind wir wieder bei der Notwendigkeit von Reformen angelangt, die gut konzipiert, gut terminiert und gerecht auf die ganze Bevölkerung angewandt sein müssen.

### **Reformprioritäten**

Die Reformprioritäten im Überblick:

- Bestechungsbekämpfung, Förderung des fairen Wettbewerbs durch Handel und bessere Regulierung sowie verbesserter Zugang zu Krediten, damit kleine und aufstrebende Betriebe gedeihen können.
- Investitionen in gut ausgebildete Arbeitnehmer – insbesondere junge Menschen – für die neue Wirtschaft durch Modernisierung von Bildung und Berufsausbildung und Unterstützung bei der Arbeitssuche.
- Gewährleistung von Chancen für alle mittels gerechter und wachstumsfördernder Ausgaben und gerechter Besteuerung.
- Stärkung der Rechte von Frauen und Erfüllung des Flüchtlingsbedarfs an Nahrung, Unterkunft, Bildung und Arbeit.

Das ist alles nicht einfach. Das strittigste Problem von allen ist vermutlich, wie der Staat Steuern eintreibt und Einkünfte ausgibt.

Viele Länder haben keine andere Wahl und müssen ihre Haushalte ausgleichen: Die Anhäufung von Staatsschulden zur Finanzierung oft unproduktiver Ausgaben ist nicht tragbar. Die Bedienung dieser Schulden geht zu Lasten hochwertiger Ausgaben für Gesundheit und Bildung, wofür dann künftige Generationen die Rechnung bekommen werden.

Fiskalische Verantwortungslosigkeit ist nicht nur unklug, sondern auch ungerecht. Die Herausforderung besteht darin, die notwendige Anpassung im richtigen Tempo und entsprechend den Umständen eines Landes vorzunehmen. Und hier kann der IWF helfen.

### **Anpassung an die jeweiligen Gegebenheiten**

In den Ländern, in denen der Staat über beträchtliche Puffer verfügt, wie in den Golfstaaten und Algerien, drängt der IWF auf Defizitabbau in gemäßigtem Tempo.

In Ländern, in denen die Staatsverschuldung bereits hoch ist und noch weiter steigt, wie Ägypten und Tunesien, stellt der IWF Kredite zur Verfügung, damit die Haushaltsanpassung gradueller vonstatten gehen kann – und zu einem niedrigeren Zinssatz als auf dem freien Markt. Andere ausländische Geldgeber sollten mit Krediten zu günstigen Konditionen, vorzugsweise als Zuschüsse, weiteren Freiraum schaffen.

Wir versuchen auch, sozio-politischen Umständen Rechnung zu tragen, beispielsweise die wiederholte Lockerung des Haushaltsdefizitziels in Tunesien, obwohl dafür Nachteile bei Schulden und Inflation in Kauf genommen werden mussten.

Tragfähigkeit der öffentlichen Haushalte wird natürlich nicht nur durch Senkung von Haushaltsdefiziten erreicht, sondern es geht auch darum, *wie* Regierungen sich diesem

Ziel nähern. Das [Steuersystem](#) ist ein entscheidender Mechanismus – zur Erhöhung der Einkünfte (unter anderem auch zur Finanzierung von Sozialausgaben) und zur Gewährleistung, dass die Fiskallast gerecht auf die Gesamtbevölkerung verteilt wird.

Dies ist für viele Länder der Region ein Problem, nicht zuletzt weil die inländischen Einkünfte – bei durchschnittlich etwa 10 Prozent des BIP – sehr niedrig sind und nur von wenigen Steuerzahlern generiert werden. In Jordanien zahlen zum Beispiel nur 5% aller Haushalte eine Form von Einkommensteuer. Verständlicherweise will niemand mehr zahlen, wenn der Eindruck herrscht, dass das System besser gestellte Einwohner begünstigt.

Es muss also mehr getan werden, um Steuerhinterziehung zu bekämpfen, die Steuerbasis zu verbreitern und das Steuersystem progressiver zu gestalten. Die Politikberatung des IWF umfasst oft derartige Empfehlungen.

In den vom IWF unterstützten Programmen achten wir auch zunehmend darauf, dass die gefährdetsten Bevölkerungsgruppen vor Steuererhöhungen und Ausgabenkürzungen geschützt werden. In Tunesien zum Beispiel erweiterte die Regierung das Überweisungsprogramm für Geringverdiener auf die doppelte Anzahl an Familien und den dreifachen durchschnittlichen Überweisungsbetrag; die allgemeinen Sozialausgaben werden über eine Untergrenze im IWF-gestützten Programm überwacht.

In der gesamten Region setzt sich der IWF für den Abbau teurer Energiesubventionen ein. Warum? Weil von diesen Subventionen in erster Linie die besser gestellten Bevölkerungsgruppen profitieren. Gleichzeitig lehnt der IWF entschieden die Kürzung von Lebensmittelsubventionen ab, zum Beispiel für Brot in Jordanien und Tunesien.

Damit Reformprogramme ihre Wirkung zeigen können, müssen sie jedoch auf die Umstände eines Landes zugeschnitten werden und die Regierung muss sich rundum dazu bekennen. Beratungen mit wichtigen Partnern – so auch mit der Zivilgesellschaft – sind ein Schlüsselfaktor und ein Punkt in den Programmen, die der IWF weltweit unterstützt.

### **Der Weg nach vorn**

Die Herausforderungen für die Region sind nach wie vor beträchtlich, aber die Länder haben seit dem Arabischen Frühling Fortschritte erzielt. Die Region ist trotz der sehr schwierigen Umstände allgemein wirtschaftlich stabil geblieben: das Wachstum nimmt zu, die Inflation stabilisiert sich, und in den meisten Ländern verlangsamt sich der Schuldenzuwachs.

Am vielversprechendsten ist vielleicht, dass die jungen und talentierten Menschen der Region zunehmend bereit sind, ihre Zukunft selbst in die Hand zu nehmen. Mit der



richtigen Ausbildung und Arbeitsplätzen könnte diese neue Generation bisher nie da gewesenes Wirtschaftswachstum anfachen. Es macht auch Mut, dass Politiker in der gesamten Region Wachstum und Arbeitsplätze zunehmend in den Vordergrund ihrer politischen Agenda rücken.

Vor diesem Hintergrund organisiert der IWF eine [regionale Konferenz](#) gemeinsam mit dem Arabischen Währungsfonds, dem Arabischen Fonds für Wirtschaftliche und Soziale Entwicklung und der Regierung von Marokko, die Ende Januar in Marrakesch stattfinden wird. Dort werden wir mit der Politik, dem Privatsektor und der Zivilgesellschaft erörtern, wie wir mehr zu einer inklusiven Wachstumsagenda beitragen können.

Die Aufgabe ist dringend. Der breite globale Wirtschaftsaufschwung von heute bietet die Chance – in der Region und anderswo – längst überfällige Reformen voranzutreiben. Die Umkehr oder selbst die Verzögerung von Reformen wäre falsch und würde künftigen Generationen schaden. Also müssen wir sicherstellen, dass Reformen weiter vorangetrieben werden und gerecht und unter Berücksichtigung ihrer sozialen Auswirkungen angewandt und schrittweise eingeführt werden, insoweit es die verfügbaren Ressourcen und makroökonomischen Gegebenheiten erlauben.

Die Menschen in der Region verlangen zu Recht wirtschaftliches Wachstum und Gerechtigkeit. Der IWF möchte ihnen dabei helfen.

\*\*\*\*\*



Jihad Azour ist Direktor der Abteilung Naher Osten und Zentralasien beim Internationalen Währungsfonds, wo er die Arbeit des Fonds in Nahost, Nordafrika, Zentralasien und im Kaukasus leitet.

Azour war 2005-08 libanesischer Finanzminister, wo er die Umsetzung wichtiger Reformen koordinierte, so etwa die Modernisierung der Steuer- und Zollsysteme im Libanon. Vor und nach seiner Tätigkeit als Finanzminister bekleidete er verschiedene Positionen auf dem Privatsektor, darunter bei McKinsey und Booz and Co., wo er als Vice-President und Senior Executive Advisor diente. Bevor Azour im März 2017 zum IWF kam, war er geschäftsführender Gesellschafter der Investmentfirma Inventis Partners.

Azour hat am Institut d'Etudes Politiques de Paris in internationalen Finanzwissenschaften promoviert und dort auch ein Graduiertenstudium in internationalen Wirtschafts- und Finanzwissenschaften absolviert. Zudem forschte er

als Postdoctoral Fellow an der Harvard University über aufstrebende Volkswirtschaften und ihre Integration in die Weltwirtschaft. Azour veröffentlichte mehrere Bücher und Beiträge zu Wirtschafts- und Finanzfragen und kann auf weitreichende Lehrtätigkeit zurückblicken.